

Rechtspopulismus in Europa

Fragen und Antworten

ALEXANDER BOETTCHER

August 2011

Worum geht es?

Die rechtspopulistische Fortschrittspartei (FrP) Norwegens distanziert sich mit deutlichen Worten von ihrem ehemaligen Parteimitglied Anders Behring Breivik, der am 22. Juli 2011 die Anschläge von Oslo und Utøya verübte und dabei mehr als 70 Menschen ermordete. In einem über 1500 Seiten langen Manifest rechtfertigt der Norweger seine Tat und legt sein islamfeindliches und europakritisches Weltbild dar, das den Stempel rechtspopulistischer Propaganda trägt. Daher konfrontiert sich Norwegen momentan mit der Frage, ob das grausame Massaker

als Tat eines verrückten Einzelnen abgetan werden kann oder ob die rechtspopulistische Stimmung im Land, die die FrP mitgeschaffen hat, ihren Teil dazu beigetragen hat. Doch Norwegen ist kein Sonderfall. Europaweit finden rechtspopulistische Parteien steigende Zustimmung in der Bevölkerung und etablieren sich zunehmend in den nationalen Parlamenten. Darum ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtspopulismus, seiner europaweiten Ausbreitung und möglichen Gegenstrategien längst notwendig geworden.

Populismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus – wo ist der Unterschied?

Populismus bezeichnet einen Politikstil, der sich volksnah gibt, Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke und Ziele schürt und vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet (schwarz-weiß Schema). Populismus ist originär ohne politische Zuordnung (»Ideologie ohne Weltanschauung«, Frank Decker 2006: 11) und damit sowohl links als auch rechts der politischen Mitte zu finden. Durch eine aggressive agitatorische und exklusorische Identitäts- und Nationalpolitik sowie der Bedienung von Ressentiments wird Populismus zum Rechtspopulismus (vgl. Bauer 2011: 6ff).

Rechtspopulismus setzt zwar auch auf eine vertikale Volk-Elite Dichotomie (»die da oben«), bedient sich aber auf horizontaler Ebene verstärkt der Ausgrenzung und Beleidigung bestimmter (Rand-) Gruppen in der Gesellschaft (»Überfremdung«). »Populistische Bewegungen sind ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen«, erklärt der Politikwissenschaftler Frank Decker, »sie treten auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppierungen die Orientierung verlieren und von Zukunftsangst geplagt werden« (Frank Decker 2009). Insofern leben Rechtspopulisten von Krisen und ihr Ziel ist der kurzfristige Erfolg (vgl. Bauer 2011: 9f).



Rechtsextremismus ist eine Steigerung des Rechtspopulismus, indem diesem eine antidemokratische Ideologie inhärent ist, welche von rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheiten der Menschen ausgeht. Im Rechtsextremismus wird der Individualismus aufgegeben und stattdessen wird eine kollektivistisch und

ethnisch homogene Gemeinschaft, die in einem totalitär regierten Nationalstaat aufgeht, propagiert. Insofern kann Rechtspopulismus als salonfähige oder modernisierte Form von Rechtsextremismus bezeichnet werden (vgl. Bauer 2010: 5f).

Wie äußert sich Rechtspopulismus?

Die Mehrheit der rechtspopulistischen Parteien in Europa gehört dem kulturalistischen Rechtspopulismus an (exklusiver Identitäts- oder Nationalpopulismus), wobei die Übergänge zur gemäßigten Rechten, aber auch zum Rechtsextremismus nicht selten verschwimmen (vgl. Bauer 2010: 5). Das rechtspopulistische Spektrum schließt sowohl eindeutig extremistische Parteien, wie den französischen *Front National* oder die deutsche *NPD*, als auch regional-separatistische (flämische *Vlaams Belang*, italienische *Lega Nord*) und »gemäßigt« rechtspopulistische Parteien (schweizerische *SVP*, österreichische *FPÖ*) bis zu ultrakatholischen (*Liga Polnischer Familien*),

postfaschistischen (italienische *Alleanza Nazionale*), postmodernen und radikal-libertären (*Partij voor de Vrijheid*) Parteien ein (vgl. ebd.: 6). Dennoch gibt es auch Fälle von Rechtspopulismus, die weniger leicht zu klassifizieren sind. Diese Bandbreite ist einerseits mit national bedingten Faktoren, quasi dem politischen und gesellschaftlichen Zeitgeist, zu erklären, andererseits mit dem jeweiligen historischen und kulturellen Kontext. Dennoch weisen rechtspopulistische Bewegungen auf transnationaler Ebene charakteristische gemeinsame Merkmale auf, die sie zu einer – wenn auch häufig zerstrittenen – »politischen Parteienfamilie« machen (vgl. ebd.: 6).

Woran erkennt man rechtspopulistische Parteien?

Rechtspopulistische Parteien leben von öffentlicher und medialer Inszenierung und Aufmerksamkeit. Durch gezielte Tabubrüche betonen Rechtspopulisten ihre Außen-seiterrolle und machen deutlich: »der traut sich was«. Insofern stellt Rechtspopulismus vielmehr eine politische Strategie als eine Ideologie dar. Durch Simplifizierungen, provokante, demagogische Parolen und durch Übertreibungen präsentiert sich der populistische Führer als »Mann des Volkes«. Dabei werden oftmals entweder radikal autoritäre Lösungen oder aber Volksabstimmungen über politische Entscheidungen gefordert, die zwar komplexen Sachlagen nicht gerecht werden, jedoch Ausdruck eines Gegensatzes des »faulen Kompromisses« sind (vgl. Geden 8ff / Bauer 2011: 12f).

Die Inszenierung des Populisten ist das Spiel mit den Ängsten und der Aufbau von Feindbildern (»Islamismus«) innerhalb eines Schwarz-Weiß-Schema, das von einem ständigen Bedrohungsszenario ausgeht. Um ihre Überzeugungen zu verbreiten, benötigen Populisten die Boulevardpresse, die als Massenmedium die Kanalisierung und Transportierung der Botschaften übernimmt und dadurch wiederum selber profitiert. In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine durchaus symbiotische (vgl. Bauer 2010: 7).



Gegen wen richten sich rechtspopulistische Parteien?

Feindbilder und Motive rechtspopulistischer Parteien sind variabel und richten sich vor allem nach der politischen Lage. Dennoch identifiziert Werner Bauer in einer Studie (vgl. Bauer 2010) eine Reihe von Mustern bzw. Gemeinsamkeiten, die bei rechtspopulistischen Bewegungen erkennbar sind. So ist der Hauptfeind:

■n Das Establishment, die politische Elite. Ihnen wirft der Populist Machtbesessenheit, Vetternwirtschaft sowie den Verrat von Interessen des Volkes vor.

■n Ferner wird auch die »Eurobürokratie« der Europäischen Union von Seiten der Rechtspopulisten kritisiert

und angegriffen. Neben der Parteien(staats)verdrossenheit spielt das Thema »Immigration« beim Erfolg der Rechtspopulisten die wahrscheinlich wichtigste Rolle (»Fremd im eigenen Land«). Gerne verbreiten rechtspopulistische Parteien unter dem Stichwort der »Islamisierung Europas« Angst und Schrecken.

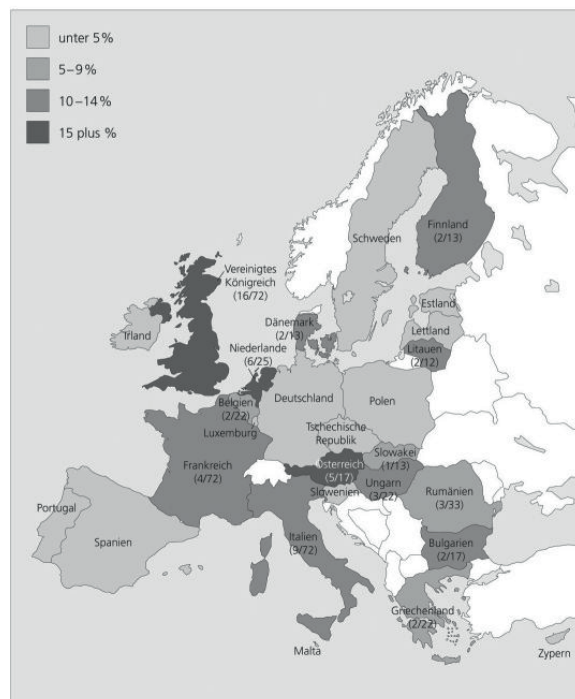
■n Ein weiteres Feindbild stellt der Staat Israel und sein Verhalten gegenüber den Palästinensern dar. Die Politik Israels wird von den Rechtspopulisten missbraucht, um antisemitische Stimmung zu schüren (vgl. Bauer 2011: 8ff).

Ist Rechtspopulismus ein europaweites Phänomen?

Rechtspopulistische Parteien und Strömungen richten sich vor allem nach dem nationalen und kulturellen Kontext. Deshalb muss von Fall zu Fall untersucht und differenziert werden, ob man es mit Rechtspopulismus zu tun hat, denn dieser kann extremistische und systemfeindliche, aber auch nichtextremistische und eindeutig demokratische Züge annehmen. Insofern ist es schwer, ein europaweites Phänomen feststellen zu können. Ein Blick auf die nationalen Wahlergebnisse in Westeuropa zeigt, dass rechtsextreme Parteien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich und der Schweiz zu häufigen Erfolgen kommen. Nur gelegentliche Erfolge lassen sich in Deutschland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden feststellen. Bisher erfolglos waren sie dagegen in Irland, Luxemburg, Spanien und Portugal (vgl. Bauer 2011: 21f). Für Osteuropa jedoch gilt: »Der osteuropäische Populismus steht heute im Zentrum und nicht an der Peripherie des Parteiensystems. Seine elektorale Basis findet er bei den »Verlierern der zweiten Modernisierung«, die sowohl Vertreter der alten Nomenklatura, große Teile der Arbeiterschaft, Teile der neuen Kleinunternehmer, aber auch viele Frauen und mittlere Angestellte umfasst« (Bauer 2010: 14). Und: »In Osteuropa ist das Bedrohungspotential keineswegs nur »gefühlte«, sondern sehr real« (Bauer 2010: 14). Dies und die antipolitische und antiliberalistische Grundstimmung sowie der Mangel an Übung in Demokratie bieten dem osteuropäischen Nationalpopulismus beste Entwicklungsmöglichkeiten (Bauer 2011: 27).

Während Rechtspopulismus in Osteuropa also fester Bestandteil der politischen Systeme zu werden scheint, ist dies für Westeuropa nur partiell festzustellen. Und auch hier muss zwischen nationaler und europäischer Ebene differenziert werden.

Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 –
Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien
(Stimmenanteile in Prozent / Anzahl der Parlamentssitze)





Wie stark sind Rechtspopulisten auf nationaler Ebene?

Die voranschreitende Ausbreitung rechtspopulistischer Parteien in den nationalen Parlamenten der europäischen Nationen ist drastisch und muss darum ernst genommen werden. Europaweit zeichnet sich ein stetiger Machtausbau rechtspopulistischer Parteien ab, bis hin zur Regierungsbeteiligung. So ist die rechtspopulistische Lega Nord (LN) sogar an der italienischen Regierungskoalition mit Silvio Berlusconi's Il Popolo della Libertà (PDL) beteiligt.

In **Bulgarien** ist die Lage ähnlich beängstigend, denn hier wird die konservative Minderheitsregierung durch die rechtspopulistisch-rechtsextreme Ataka, welche über 21 Abgeordnete im Parlament verfügt, toleriert. In **Österreich** (FPÖ+BZÖ) und **Flandern** (Vlaams Belang) erreichen rechtspopulistische Parteien regelmäßig Wahlergebnisse jenseits der zehn Prozent.

Länder	Partei	Rolle	Mandate
Bulgarien	ATAKA	Tolerierung	9,4% (21)
Dänemark	DF	Tolerierung	13,9% (25)
Finnland	PS	Opposition	19% (39)
Flandern (Belgien)	VB	Opposition	15,3% (21)
Italien	LN	Regierungsbeteiligung	8,3/81% (60/26*)
Niederlande	PVV	Tolerierung	15,5% (24)
Norwegen	FRP	Opposition	22,9% (41)
Österreich	FPÖ BZÖ	Opposition Opposition	17,5% (34) 10,7% (21)
Ungarn	JOBBIK	Opposition	16,7% (47)

* Abgeordnetenhaus und Senat

In den **Niederlanden** konnten populistische Parteien in den letzten Jahren immer wieder Erfolge feiern, dennoch war das Ausmaß des Wahlerfolgs der *Partij voor de Vrijheid* (PVV) überraschend. Während sie im Jahr 2006 nur 5,9 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, wurde sie vier Jahre später mit 15,5 Prozent zur drittstärksten Partei im Land gewählt und besetzt aktuell 24 Sitze im niederländischen Parlament.

Auch in den skandinavischen Ländern ist ein Rechtsruck spürbar. Insbesondere in **Dänemark** und **Norwegen** sind rechtspopulistische Parteien längst ein fester und umfassender Bestandteil des Parlaments. In **Norwegen** konnte die *Fremskrittspartiet* (FrP) bei den Parlamentswahlen im Jahr 2009 22,9 Prozent der Wähler für sich gewinnen und ist seitdem als zweitstärkste Partei des Landes mit 41 Abgeordneten im Parlament vertreten. In **Finnland** ist die Unterstützung der rechtspopulistischen Partei von Seiten der Bevölkerung zwar etwas geringer als in Norwegen, jedoch trotzdem erschreckend hoch. Im Wahljahr 2011 konnte die Partei *Perussuomalaiset* (PS) 19 Prozent der Bevölkerung von ihrem Programm überzeugen. In **Dänemark** wird die rechtsliberale/konservative Minderheitsregierung momentan von der rechtspopulistischen *Dansk Folkeparti* (DF) unterstützt. Aufgrund vorgezogener Vorwahlen könnten sich die Machtverhältnisse im Land ändern. Allerdings gehen aktuelle Prognosen davon aus, dass die DF mit knapp 14 Prozent¹ in etwa die gleiche Zustimmung erfahren wird wie auch schon 2007. In **Schweden** ist der rechtspopulistische Rückhalt in der Bevölkerung zwar noch nicht so etabliert wie in Norwegen oder Dänemark, doch auch hier schaffte die *Sverigedemokraterna* (SD) im Jahr 2010 den Einzug ins Parlament. Seitdem repräsentieren zwanzig rechtspopulistische Abgeordnete im schwedischen Reichstag ihre 5,7 Prozent schwedischer Wähler.

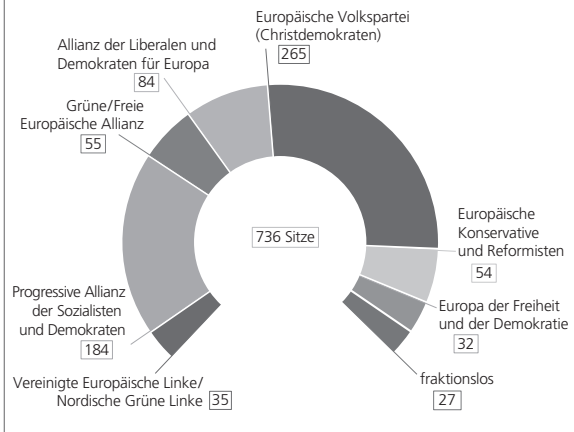
1. Vgl. Gallup-Prognosen, Juli 2011 (<http://politiken.dk/politik/meningsmaaleren/>), abgerufen am 1.8.2011.

Wie haben Rechtspopulistische Parteien bei der Europawahl 2009 abgeschnitten?

Bei dieser Wahl bauten Rechtspopulisten vor allem auf Europaskepsis, Islamophobie und Nationalkonservatismus. Während sie damit besonders in England, Italien, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Dänemark, Finnland und den Niederlanden Erfolge feierten, blieb der Erfolg in Deutschland, Spanien oder Portugal aus. Dies ist auf eine Reihe nationalspezifischer Faktoren zurückzuführen. In den **Niederlanden** schaffte es der Populist *Geert Wilders* der *Partei für die Freiheit* (PVV) mit seiner euroskeptischen Haltung sowie seinem Bedrohungsszenario einer wachsenden Islamisierung Europas, 17 Prozent der Wählerstimmen zu gewinnen. Dabei half Wilders auch seine eigene Popularität als charismatischer Führer, der gegen den Strom schwimmt. In **Großbritannien** profitierten die Rechtspopulisten zum einen von der natürlichen und stark ausgeprägten britischen Euroskepsis, vor allem aber von innenpolitischen Problemen, ausgelöst durch die Wirtschaftskrise. So war es für die rechtsradikale *British National Party* (BNP) leicht, in Labour-Hochburgen mit Slogans wie »British Jobs for British Workers« auf Kosten von Immigranten Stimmen zu gewinnen. In **Österreich** profitierte der Rechtspopulist *Hans-Peter Martin* von seiner anti-europäischen Haltung und erhielt damit 16 Prozent der Stimmen. Dafür instrumentalisierte auch Martin die Angst vor dem Islam und betrieb einen regelrechten Kulturwahlkampf. In **Dänemark** und **Finnland** profitierten die Rechtspopulisten *Morten Messerschmidt*, Chef der dänischen *Dansk Folkeparti* (DF), und *Timo Soni*, Chef der Partei *Perussuomalaiset* (PS), auf deutsch »Wahre Finnen«, vor allem von ihren hohen Popularitätswerten. Beide sind charismatische Führer und beide gehören zu Parteien, die bereits in nationalen Parlamenten etabliert

Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen

Stand: 16. Juli 2009



Quelle: TNS opinion in Zusammenarbeit mit dem EP
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

sind. Europapolitische Themen waren in **Rumänien, Bulgarien** und **Griechenland** bei der Europawahl nicht besonders von Bedeutung. Vielmehr ist der Erfolg der *Großrumänienpartei* (PRM) mit 8,65 Prozent, der bulgarischen *Ataka* (11,96 Prozent) sowie der griechischen *LAOS* (7,15 Prozent) als »Denkzettel« für das nationale Krisenmanagement zu verstehen. **Ungarn** ist insofern das einzige Land, dass aus dem Rahmen zu fallen scheint, denn hier ist der Wahlerfolg der national konservativen *Fidesz* (56 Prozent) und der rechtsradikalen *Jobbik* (15 Prozent) vor allem mit innenpolitischen und wirtschaftlichen Missständen, aber auch deren radikalen Hetze gegen Immigranten, Homosexuelle und Juden zu erklären.

Gibt es politische Strategien gegen Rechtspopulismus?

Es gibt keinen *Königsweg*, um Rechtspopulisten erfolgreich zu bekämpfen. Genau wie Rechtspopulisten Produkte des nationalen Zeitgeistes sind, genauso können immer nur individuelle länderspezifische Antworten gegeben werden. Entgegen ihrer eigenen politischen Antworten, ist das Phänomen Rechtspopulismus zu komplex für simple Bekämpfungsstrategien. Die gesellschaftlichen Ängste und Befürchtungen, derer sich Rechtspopulisten bedienen, sind auch ohne ihre Präsenz vorhanden und müssen ernstgenommen werden. Insofern bedarf es ei-

ner kontinuierlichen, kontroversen, aber auch sachlich geführten Debatte. Zu erkennen, was die Gesellschaft bewegt, gehört zur Aufgabe ihrer demokratischen Vertreter. Auch darf rechtspopulistische »Eliten-Kritik« nicht per se als falsch dargestellt werden, sondern muss sorgfältig reflektiert werden – es darf kein Eindruck von Ignoranz entstehen.

Bei der Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten ist die Bekämpfung einer bestimmten Organisationsform



oder eines einzelnen Aspekts von Rechtsradikalismus nicht ausreichend. Es ist vielmehr wichtiger, die sozialen Verwurzelungen zu analysieren und dort entsprechend mit der Problemlösung zu beginnen. Dabei kann es auch helfen, selber Verantwortung zu übernehmen: Wichtig ist, dass Spitzenpolitiker und Führungspersonen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sind und öffentlich entsprechend verhalten. Der Umgang mit Rechtspopulisten ist dennoch sehr schwierig. Weder politische Quarantäne, noch partielle oder volle Kooperation sind als grundsätzliche Lösung zu betrachten (vgl. Geden 2007: 12f).

Das Dilemma liegt in der Natur des Populismus – bei Nichtbeachtung, aber genauso bei Kooperation, profitiert letztlich der Rechtspopulismus. Insofern müssen nationale und politische Umstände und Konstellationen analysiert und bewertet werden. Unabhängig davon verspricht der Ansatz einer »offensiven Eindämmung« den größten Erfolg. Das bedeutet konkret, dass innerhalb der politischen Arena zwischen Nichtbeachtung und Kooperation abgewägt werden muss, ohne der populistischen Rechten Einfluss oder inhaltliche Deutungshoheit zu ermöglichen (vgl. Kösemen 2009: 16f).

Etablierte demokratische Parteien sollten sich zu keiner Zeit in politische Abhängigkeit von Rechtspopulisten begeben. Sie müssen vielmehr die von den Rechtspopulis-

ten besetzten Themen entschärfen, indem sie sachliche Lösungen anbieten. Diese Lösungen müssen dann auch die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, ohne dass Rechtsradikale dies als ein Entgegenkommen ihrer Politik reklamieren können. Die demokratischen Parteien dürfen Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit geben, sich als unschuldig Ausgegrenzte des Systems darzustellen. Zusammengefasst bedeutet »offensive Eindämmung« also die Entkräftung der rechtspopulistischen Behauptungen und Forderungen, ohne sie dabei inhaltlich oder politisch aufzuwerten (vgl. ebd. 17f).

Insbesondere die Sozialdemokratie muss sich der Ausbreitung rechtspopulistischer Parteien und Werte mit aller Kraft entgegenstellen. Nicht nur weil ihre Gesinnung stark von den rechtspopulistischen Anschauungen abweicht, sondern vor allem auch aufgrund des gemeinsamen Wählerstamms. Denn besonders Arbeiter, als die Stammwählerschaft der Sozialdemokraten, verfallen gerne rechtspopulistischer Schwarzmalerei (vgl. Lodenius et al. 2011: 3). Ferner trägt die Sozialdemokratie eine herausragende Verantwortung, da sie im Verbund mit den Gewerkschaften über die organisatorischen Fähigkeiten verfügt, die feste Etablierung rechtspopulistischer Parteien auf nationaler Ebene erfolgreich zu hemmen (vgl. Lodenius et al. 2011: 9).

Literatur

Bauer, T. Werner (2010): Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Main-stream, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse.

Bauer, T. Werner (2011): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Wien, Aktualisierte Fassung, abrufbar unter: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf

Decker, Frank/ Lewandowsky, Marcel (2009): Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens, BpB, Berlin, abrufbar unter: <http://www1.bpb.de/themen/85B6F3,0,Populismus.html>

Decker, Frank (Hrsg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden.

Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie, Berlin.

Kösemen, Orkan (2009): Strategien gegen die radikale Rechte in Europa, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_30023_30024_2.pdf

Lodenius, Anna-Lena/ Wingborg, Mats (2011): Radikale rechtspopulistische Parteien in den Nordischen Ländern. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse.



Über den Autor

Alexander Boettcher hat an der Universität Jena Politik und Neuere Geschichte studiert. Er beschäftigt sich neben den Gebieten Parteienentwicklung und Rechtspopulismus mit der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«, Aktualisierung und Überarbeitung: Sarah Kraus. Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de.